

Rede Franz Müntefering, MdB am 1. Juli 2005 im Plenum

Es gilt das gesprochene Wort.

Dies ist heute hier eine ganz besondere Situation, aber eine Situation, die doch zu den Regeln der Demokratie dazugehört.

Die ausdrückliche Vertrauensfrage des Bundeskanzlers hat es in der Geschichte der Bundesrepublik selten gegeben, aber sie ist als Instrument zur Klärung einer bestimmten Frage im Grundgesetz vorgesehen.

Alle haben den Artikel 68 des Grundgesetzes inzwischen wieder gelesen, der sich mit der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers und mit der Auflösung des Bundestages, die sich daraus ergeben kann, befasst. Auch den Artikel 39 (1) haben wir im Kopf, der etwas zur Konsequenz sagt. Nämlich, dass innerhalb 60 Tagen Neuwahlen stattfinden müssen, wenn die Auflösung erfolgt.

Die Verfassungsmütter und –väter sind davon ausgegangen, dass es solche Situationen, wie wir sie hier heute haben, geben kann.

Eine besondere Situation also, aber eine mitten aus dem Grundgesetz. Teil der Demokratie.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die MdB werden, bilden eine Fraktion. Als SPD-Fraktion hatten wir einen anstrengenden Lauf in den letzten zwei Jahren:

Die Europa-Wahl, die Landtagswahl in Thüringen, im Saarland, BRA (7,4), Sachsen, KW NRW, LT SH, LTW NRW

Eine Serie bitterer Wahlergebnisse.

Die Opposition hat behauptet und die Medien haben es geschrieben, diese Wahlschläppen und herben Wahlniederlagen hätten etwas mit der Bundespolitik zu tun. Mit der Politik der Erneuerung, die Bundeskanzler Gerhard Schröder, seine Regierung und die Koalition forciert seit Frühjahr 2003 vorangetrieben haben. Wir konnten – alles in allem – nicht völlig widersprechen. Stichwort Agenda 2010. Stichwort Hartz.

Wir sind dabei sicher:

- Die Reformen sind unverzichtbar.

- Wir sind auf dem richtigen Weg.
- Wir wissen, drei Viertel der Bürger will Reformen.

Wir wissen aber auch und haben gelernt: drei Viertel wollen davon möglichst persönlich nicht negativ davon betroffen sein.

Sollten wir eine Politik machen, die populär ist?
Oder eine Politik, die die richtige ist für unser Land? Auch wenn sie Zeit braucht.

Wir haben uns für die richtige Politik entschieden. Dies bedeutet Kampf um Akzeptanz für eine solche Politik, was denn sonst.

Bundeskanzler Gerhard Schröder und wir als Koalition haben die Erneuerung des Landes begonnen. Bei den sozialen Sicherungssystemen, am Arbeitsmarkt.

Wir hatten und haben den Mut etwas zu tun, vor dem Kohl und Merkel sich in den 90er Jahren gedrückt haben. Das ist die Wahrheit.

Dies ist nicht die Stunde der Zwischenbilanz. Aber die wird kommen. Und dabei sehen

CDU/CSU/FDP nicht gut aus. Sie auch nicht, Frau Merkel. Rot/Grün hat in den Jahren seit 1998 unser Land aus der Starre der 90er Jahre herausgeführt. Rot/Grün ist eine gute Zeit für Deutschland und wir hoffen, wir können sie fortsetzen.

Dass es mit deren Mut zur Reform besser geworden wäre bei CDU/CSU, kann man nicht feststellen. Im Gegenteil.

Die Wahl in NRW haben wir auch verloren, weil die Opposition zu feige war, sich zu der neuen Arbeitslosen-Statistik zu bekennen.

Wir haben Hunderttausende Erwerbsfähige aus der Sackgasse der Sozialhilfe heraus geholt, sie an die Vermittlung herangeführt und sie in die Statistik der Arbeitslosen aufgenommen. Sie sind wieder gezählt. Sie gelten wieder was.

Das haben Sie von CDU/CSU mit uns zusammen auch mitbeschlossen, aber Sie sind nicht bereit, diese Reform auch mit zu vertreten. Sie schieben uns die statistischen Arbeitslosen

hin. Sie leugnen ihre Mitverantwortung. Sie sind Schwarzfahrer, Trittbrettfahrer. Was denn sonst.

Sie glauben wohl, das sei raffiniert. Nein. Es ist nur kleinkariert.

Frau Merkel, Sie sind keine Reformpolitikerin. Sie sind da nicht besser als Ihr Vorbild Helmut Kohl.

Und Ihre Diener im Vermittlungsausschuss werkeln auch ungeniert vor sich hin. Die machen das, was Frau Merkel eben beschrieben hat: durchregieren. Das ist überhaupt ein sehr interessantes Wort – durchregieren.,

Da wurde die Behandlung des Gentechnik-Gesetzes mal wieder verschoben und das Thema Eigenheimzulage – das Geld bringen soll für Bund und Länder für Bildung und Forschung - auch.

Zum 7-ten Male.

Nein:

Die 18:14 Mehrheit im VA nutzen Sie vor allem für eines:

- verschieben

- verschieben
- verschieben. Politik zu verhindern und zu verschleppen. Das ist die Wahrheit.

Und da wir im Augenblick über das Grundgesetz diskutieren:

Ob das der Parlamentarische Rat, als er das Bundesorgan Bundesrat einrichtete, gemeint hat, darf man bezweifeln.

Kurzum: Von CDU/CSU und FDP in Bundestag und Bundesrat ist Konstruktives nicht zu erwarten. Sie wollen die Reformkraft unserer Koalition mit ihren Mehrheiten ersticken auf dem Weg zur Bundestagswahl 2006. Das lässt sich unschwer erkennen.

Für uns als Partei und für uns als Fraktion ergibt

- sich natürlich die Frage nach der Chance, den Reformen neue Kraft zu geben. Nicht nur Recht zu haben, sondern auch Recht zu bekommen. Die Durchsetzbarkeit von Politik zu stärken.
- Für uns geht es auch um die Frage, ob es vermeidbar ist, dass mit Wahlniederlagen der

SPD, die für die Politik der Reformen bezahlt, die Merkels und Westerwelles ihre Politik der sozialen Demontage beginnen können.

„Heulen und Zähneklappern“ bei der Steuerreform haben Sie gefordert, Frau Merkel, „weitreichende Eingriffe“ in die Sozialsysteme, „deutliche Veränderungen bei den Flächentarifen“. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 36 % und die Besteuerung der Nacht-,Feiertags- und Sonntagszuschläge, die Sie ankündigen, gehören in diese Linie.

Mit Ihnen, Frau Merkel würde es kalt in Deutschland.

In einer Situation wie dieser, mit einer Mehrheit von drei Stimmen auf Seiten der Koalition im Bundestag und mit einer aufziehenden PDS/ML, unbeirrt durchs Feuer der Reformen zu gehen, das ist nicht einfach. Nicht für die Partei, nicht für Abgeordnete.

Dass in dieser Lage manche von uns dem Bundeskanzler und unserer Politik handfeste Kurs-

änderungen abverlangten, konnte jeder lesen und hören. Ich fand das falsch, aber es war so.

Ich habe nach der durch einen Verräter missglückten Ministerpräsidentenwahl in Schleswig-Holstein und vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Sorge gehabt um die Handlungsfähigkeit meiner Partei und Fraktion und damit letztlich der Bundesregierung.

Und das habe ich dem Bundeskanzler auch gesagt.

Das war auch meine Pflicht, das zu sagen.

Es sei doch noch immer gut gegangen, höre ich. Richtig.

Aber ich nehme an, das Kind muss nicht erst im Brunnen liegen, bevor man den Brunnen abdeckt.

Man muss nicht erst Abstimmungen verlieren, bevor man darauf reagiert, dass man Abstimmungen zu verlieren droht oder nicht einmal gewinnen kann. Dass man dem nur entgehen kann durch Nichthandeln.

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen war doch unmissverständlich, und die Frage lag of-

fen zu Tage, sie wurde uns auch gestellt, wie es hier in Berlin weitergehen könnte. Darüber wurde offen spekuliert. Man wird sich erinnern, wenn man will.

Deutschland darf seine Zeit nicht verschlafen.

Wir dürfen nicht über ein Jahr

- durch das, was unterbleibt, weil es aussichtslos ist in dieser Konstellation,
- durch das, was im Bundesrat versandet, Stillstand haben in Deutschland.

Wie handelt ein Bundeskanzler verantwortlich in einer solchen Situation?

Doch nicht durch Produktion für den Mülleimer des Bundesrates.

Doch nicht durch das Einfordern von Nibelungen-Treue der Koalitionsfraktionen, ohne dafür etwas in Aussicht stellen zu können.

Es ist konsequent, in einer Phase, in der die gemeinsame Gewissheit über den richtigen und schwierigen Weg brüchig ist, die Klärung zu suchen, sie herbei zu führen durch die Wählerinnen und Wähler.

Es ist besser für unser Land, jetzt entschlossen die Richtung zu bestimmen.

Aber das können aber nach Lage der Dinge nur die Wählerinnen und Wähler selbst tun.

Die allermeisten Wählerinnen und Wähler wollen auch die Bundestagswahl, wollen wählen.

Und niemand wird dem Bundeskanzler bei seinem Vorgehen Vorteilsnahme oder Eigennutz vorwerfen können.

Die Stimmung für die SPD war am 22. Mai in Deutschland nicht gut, sagen wir eher schlecht, und sie ist heute noch nicht gut, sondern eher schlecht.

Trotzdem streben wir die Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres an, wir streben sie an, weil wir ein klares Mandat wollen für unsere Politik der Reformen. Dafür gibt es Wahlkampf in der Demokratie, dafür gibt es Wahlen. Dafür wollen wir kämpfen.

Wir wollen einen intensiven Wahlkampf, in dem die Probleme unseres Landes offen und deutlich

angesprochen werden. Und in dem die politischen Konzepte verglichen werden. Frau Merkel, Sie werden sich nicht verstecken können. Rüttgern geht nicht in Berlin.

Sie werden von ihrem Höhenrausch der Umfragen, die ja auch schon schrumpfen in die Ebene des politischen Alltags zurückkommen.

Und dann werden sich die Wählerinnen und Wähler in Deutschland fragen,

- wer Deutschlands Interessen in Europa besser vertreten kann und wer die Statur hat, dieses Europa bauen zu helfen, Gerd Schröder oder Sie, Frau Merkel;
- die Wählerinnen und Wähler werden sich fragen, wer Deutschland aus dem andauernden Irak-Krieg herausgehalten hat und wer wachweich gewesen ist,
- wer soziale Gerechtigkeit zur Meßlatte seiner Politik macht und wer mit Herrn Westerwelle als Compagnon Arbeitnehmerrechte weitgehend schleifen will,
- die Wählerinnen und Wähler werden sich fragen, wer Mut hat zu Reformen, die sozialen Fortschritt ermöglichen, und wer das Soziale der Marktwirtschaft torpediert.

Die Entscheidung in der Abstimmung zur Vertrauensfrage fällt manchen Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen schwer. Das weiß ich, ich verstehe das und habe Respekt davor.

Ich selbst enthalte mich der Stimme und bin mir da ganz sicher. Vielleicht fällt mir das leichter als anderen, denn:

- Aus Gesprächen mit dem Bundeskanzler weiß ich, dass er selbst sich die Entscheidung für die Vertrauensfrage mit dem Ziel der Neuwahlen nicht leicht gemacht hat.
- Und weil ich mit ihm die Überzeugung teile, dass Neuwahlen der bestmögliche Weg sind zur Klärung der politischen Richtung für Deutschland und zur Legitimation unseres politischen Auftrags.

Wer sich so oder anders entscheidet, kann dafür gute Gründe nennen.

Ich bin mir unserer Verantwortung bewusst und bin auch sicher – wie immer die Einzelnen heute stimmen –, dass wir miteinander streiten werden für eine Politik der Sozialen Demokratie.

Die SPD wird gebraucht. Die sozialdemokratische Idee wird gebraucht.

Denn populistische Illusionen sind so gefährlich wie soziale Kälte widerlich – beide sind im Kern unmoralisch.

Herr Bundeskanzler, lieber Gerd. Wir stehen mitten in einer schwierigen Aufgabe für unser Land. Die SPD-Fraktion wird alles dafür tun, dass diese Aufgabe gelingt. Zum Wohle unseres Landes, zum Nutzen der Menschen. Mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler.

Wir haben Vertrauen in Deutschland.